

Der Japan-Besuch Gorbatschows: Ergebnisse und Perspektiven

Joachim Glaubitz

Die Japan-Reise des sowjetischen Staatspräsidenten vom 16. bis 19. April 1991 ist in ihren Ergebnissen nicht als enttäuschend und schon gar nicht als gescheitert zu bewerten. Die von den japanischen Medien mit allen nur denkbaren Spekulationen hochgetriebenen Erwartungen mußten allerdings in Ernüchterung enden. Realistisch betrachtet sind Gorbatschow und der japanische Premier Kaifu unter den gegebenen Umständen offenbar bis an die Grenze des Erreichbaren gegangen. Dies läßt auf die Ernsthaftigkeit ihrer Absicht schließen, die beiderseitigen Beziehungen zu verbessern. Gorbatschow, dessen Autorität im eigenen Lande in letzter Zeit immer rascher verfiel, konnte ein konkretes Angebot zur Lösung der komplizierten, nach japanischem Verständnis noch offenen Gebietsfrage nicht vorlegen. Der japanische Regierungschef war seinerseits nicht nur wegen des eng begrenzten Entscheidungsspielraums seines Gastes, sondern auch wegen des unübersichtlichen, vom Chaos überschatteten Zustands der sowjetischen Wirtschaft außerstande und begreiflicherweise auch nicht willens, nennenswerte Hilfszusagen zu machen. Seine Partei hätte dies nicht gebilligt. Außerdem ließ ihm die jahrzehntelange Einengung der Beziehungen zur Sowjetunion auf ein verhältnismäßig unbedeutendes Territorialproblem keinen Raum für Konzessionen. Angesichts dieser Konstellation sind die konkreten politischen Ergebnisse realistisch. Sie müssen im Blick auf die weitere Entwicklung der Beziehungen interpretiert werden.

Verhandlungsergebnisse

In der Gemeinsamen Erklärung zum Abschluß des Besuchs erscheinen vor allem die folgenden Punkte politisch bemerkenswert¹:

- Die Sowjetunion erkennt die Existenz einer noch ungelösten Gebietsfrage an, die in ihrem geographischen Umfang definiert wird. Erstmals seit dem Ende des 2. Weltkriegs ist die sowjetische Seite bereit, im Hinblick auf einen Friedensvertrag die Grenze zwischen beiden Staaten unter Einbeziehung des Problems der vier Inseln zu erörtern. Die umstrittenen Inseln werden in der Erklärung namentlich aufgeführt.
- Die Sowjetunion anerkennt implizit einen Statusunterschied zwischen dem umstrittenen Gebiet und der übrigen Sowjetunion, indem sie den visumsfreien Besuch der vier Inseln durch japanische Staatsbürger in Aussicht stellt.
- Die sowjetische Seite wird ferner mit Japan den Beginn gemeinsamer Wirtschaftsaktivitäten auf den Inseln sowie die Reduzierung der dort stationierten sowjetischen Streitkräfte erörtern. Diese Anregungen enthalten zwar noch gewisse Unsicherheitsfaktoren, doch ist damit zu rechnen, daß beide Seiten sich unverzüglich mit diesen Fragen beschäftigen werden. Eine Beschleunigung der Vorbereitungen für den Abschluß eines Friedensvertrags ist ausdrücklich vereinbart worden.

- Die grundlegende Gemeinsame Erklärung von 1956 wird zwar nicht ausdrücklich erwähnt, aber der Bezug auf dieses Datum im Zusammenhang mit der beiderseits bekundeten Absicht, "alle positiven Elemente" aus den Verhandlungen der vergangenen Jahre nutzen zu wollen, schließt dieses Dokument logischerweise mit ein. Ob dies als indirekter Hinweis auf die 1956 offerierte Rückgabe von zwei der vier Inseln bei Abschluß eines Friedensvertrags verstanden werden darf, ist unklar. Allerdings handelt es sich bei diesem Angebot nach japanischem Verständnis einer Lösung des Problems um ein "positives Element".
- Insgesamt 15 Abkommen, Vereinbarungen und Memoranden zur Zusammenarbeit in technisch-wissenschaftlichen, fischereiwirtschaftlichen, ökologischen, verkehrstechnischen, kulturellen und anderen Bereichen bieten die Möglichkeit, die Beziehungen enger zu gestalten als bisher. Ob und in welchem Maße dies geschehen kann, wird vor allem von der inneren Verfassung der Sowjetunion abhängen.
- In Bezug auf die koreanische Halbinsel formulieren beide Seiten eine weitreichende Übereinstimmung ihrer Interessen: Besonders wichtig ist hier die gemeinsam geäußerte Hoffnung auf einen "möglichst raschen" Abschluß eines Safeguard-Abkommens durch Nordkorea mit der Internationalen Atomenergie-Behörde (IAEA). Die Sorge beider Seiten über die Entwicklung von Kernwaffen in Nordkorea ist offenkundig. Der zwischen Nord- und Südkorea in Gang gekommene Dialog wird begrüßt. Japan bewertet die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Moskau und Seoul positiv; die sowjetische Seite unterstützt ihrerseits den Beginn der japanisch-nordkoreanischen Gespräche.

Interpretation

Mit den Festlegungen in der Gebietsfrage geht Gorbatschow nicht über das hinaus, was der Parlamentspräsident der RSFSR, Boris Jelzin, Anfang 1990 als erste Schritte eines eigenen Lösungsvorschlags anführte: Anerkennung der Existenz des Territorialproblems, Umwandlung des umstrittenen Gebiets in eine Freihandelszone (beide Schritte innerhalb von 3-4 Jahren), Entmilitarisierung der Inseln (in 5 bis 7 Jahren). Zwar enthält die Gemeinsame Erklärung keinen Hinweis auf die Schaffung einer Freihandelszone, aber künftige Verhandlungen über wirtschaftliche Zusammenarbeit auf den Inseln könnten in diese Richtung laufen. Daß die sowjetische Regierung seit einiger Zeit die Errichtung von Freihandelszonen in Sowjetfernost erwägt, ist bekannt. Bei Jelzin, der eine Lösung der Gebietsfrage "späteren Generationen" überläßt, steht am Ende nicht die Rückgabe, sondern ein "gemeinsames Protektorat".²

Anders als zunächst vielfach angenommen wurde, scheint es auf sowjetischer Seite außerordentlich schwierig zu sein, zu dem in der Gemeinsamen Erklärung von 1956 enthaltenen Angebot (bei Abschluß eines Friedensvertrags Übergabe von zwei Inseln, d.h. der Habomai-Gruppe und Shikotan) zurückzukehren. Obwohl die Sowjetunion dieses Angebot 1960 unter Verweis auf die Erneuerung des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrags zurückzog, ist sie heute nicht be-

reit, von diesem einseitigen, völkerrechtswidrigen Akt abzurücken. Schließlich hatte der Oberste Sowjet die Gemeinsame Erklärung von 1956 ratifiziert. Selbst sowjetische Japan-Spezialisten bezeichnen heute die Annullierung eines einzelnen Paragraphen dieses Dokuments als illegales Vorgehen.³

Wieder nach Moskau zurückgekehrt, begründete Gorbatschow vor dem Obersten Sowjet, warum er auf die Forderung des japanischen Regierungschefs nach Erwähnung der Erklärung von 1956 nicht eingegangen ist. Gorbatschows Auffassung nach könne man sich nur auf denjenigen Teil des damaligen Dokuments stützen, der historische Realität geworden sei, "völkerrechtliche und physische Konsequenzen" hatte. Das was sich in der Folgezeit nicht ereignet hat - und dies ist wohl mit Blick auf das damalige Angebot gesagt -, könne man nicht einfach wiederbeleben: "Die Chance, die damals bestand, ist versäumt worden."⁴ Gorbatschow glaubt, man werde schließlich zu beiderseits akzeptablen Entscheidungen gelangen, doch dafür brauche man "eine andere Lage, einen anderen Charakter der Beziehungen, die Schaffung ihrer Unumkehrbarkeit, ein hohes Maß an wechselseitiger Abhängigkeit und Verbundenheit miteinander."⁵ Hier trifft man wieder die bekannte sowjetische Auffassung: zunächst müsse sich das Klima der Beziehungen verbessern, bevor die konkreten Beziehungen selbst sich ändern können.

Die Russische Föderation, in deren administrative Zuständigkeit die Inseln fallen, war durch ihren Außenminister in der Delegation Gorbatschows und bei seinen Gesprächen repräsentiert. Sie wird in Zukunft wohl noch größeres Gewicht erhalten. Die Inselbevölkerung hat sich mehrheitlich (mit 70% beim jüngsten Referendum) gegen eine Rückgabe an Japan ausgesprochen. Auch dies mußte Gorbatschow in Tokyo berücksichtigen. Es wird zusammen mit wachsendem russischen Nationalismus künftig in sowjetisch-japanischen Verhandlungen eine Rolle spielen und eine Lösung nicht erleichtern.

Bemerkenswert ist, daß die sowjetische Seite bereit war, in der Gemeinsamen Erklärung die umstrittenen Inseln namentlich aufzuführen, ohne zwischen den stets als Teil Hokkaidos definierten Inseln - der Habomai-Gruppe und Shikotan - und den zu den Kurilen gehörenden Inseln Kunashiri und Etorofu zu unterscheiden. Daß in der sowjetischen Auffassung eine solche Unterscheidung einmal existierte, geht aus dem Angebot von 1956 hervor, nach Abschluß eines Friedensvertrags Habomai und Shikotan an Japan "zu übergeben". Da Japan im Friedensvertrag von San Francisco 1951 auf die Kurilen verzichtete, hat es völkerrechtlich seinen Anspruch auf Kunashiri und Etorofu verloren. Dabei spielt keine Rolle, daß die Sowjetunion nicht zu den Unterzeichnern dieses Friedensvertrags gehört und daß der Vertrag keinen Adressaten des Verzichts nennt. Damit ist aber auch nichts über die Rechtmäßigkeit des sowjetischen Anspruchs gesagt. Er ist historisch nicht zu begründen; denn diese Inseln waren nie russisch.

Die japanische Regierung versucht seit 1955, diesem Problem auszuweichen und Kunashiri und Etorofu von dem Verzicht auszunehmen, indem sie erklärt, diese beiden Inseln seien nicht Bestandteil der Kurilen. Dies ist nach der herkömmlichen Definition der Kurilen unhaltbar. Es ist der schwächste Punkt der japanischen Argumentation. Im übrigen wurde 1951 im japanischen Parlament die Zugehörigkeit dieser beiden Inseln zu den südlichen Kurilen (und damit zur

Verzichtsmasse) ausdrücklich bestätigt. Vor diesem Hintergrund ist es erstaunlich, daß die sowjetische Seite der Nennung aller vier Inseln ohne weitere Differenzierung zugestimmt hat.

Wenig hilfreich für eine Lösung scheint sich das sowjetische Militär zu erweisen. Verteidigungsminister Jasow hob eine Woche vor der Japan-Reise Gorbatschows die große Bedeutung hervor, die die umstrittenen Inseln angeblich für die Sicherheit der Sowjetunion haben; sie könnten nicht gegen japanische Wirtschaftshilfe eingetauscht werden. Gorbatschow könne diese Frage nicht allein entscheiden.⁶ Der bremsende Einfluß des Militärs spiegelt sich auch in der "Gemeinsamen Erklärung" wider, in der nicht von Abzug, sondern nur von Reduzierung der Streitkräfte auf den Inseln die Rede ist.

Vergleicht man das Ergebnis des Besuchs mit den konträren Lösungsansätzen der beiden Seiten, so wird auf japanischer Seite ein leichtes Entgegenkommen erkennbar. Tokyo vertrat stets die Auffassung "zuerst Lösung der Gebietsfrage, dann Verbesserung der Atmosphäre und wirtschaftliche Kooperation"; Moskau drängte auf eine umgekehrte Reihenfolge. Tatsächlich scheint der Prozeß nun etwas in Richtung der sowjetischen Vorstellungen zu laufen; denn das Prinzip der Untrennbarkeit von Politik und Wirtschaft wird von Tokyo nicht mehr so kompromißlos wie in früheren Jahren praktiziert: Seit Ende 1990 hat Japan der Sowjetunion Hilfe für Opfer der Katastrophe von Tschernobyl in Höhe von 2,6 Mrd. Yen sowie Lebensmittel und Medikamente im Werte von 14 Mrd. Yen zur Verfügung gestellt. Die japanische Regierung gewährte über die Export-Import-Bank einen Kredit im Umfange von 100 Mio. US-Dollar und gestattete fünf Privatbanken, an die Sowjetunion weitere 400 Mio. Dollar als Kredite zu vergeben.⁷ Andererseits gab es keine Anzeichen dafür, daß die japanische Regierung bereit sein würde, einen Kredit zur Rückzahlung der inzwischen auf 450 Mio. Dollar angewachsenen Schulden gegenüber japanischen Unternehmen zur Verfügung zu stellen.

Die anlässlich des Gorbatschow-Besuchs unterzeichneten Vereinbarungen und Memoranden werden eine gewisse Erweiterung der Geschäftsbeziehungen zur Folge haben. Doch werden angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage in der Sowjetunion die japanischen Unternehmer zurückhaltend bleiben. Der sowjetische Gast sprach vor dem japanischen Parlament selbst von der Gefahr eines Chaos, aus dem eine Diktatur hervorgehen könne.⁸

Alles in allem läßt sich der Besuch des sowjetischen Staatspräsidenten in Japan als eine erste wichtige Etappe auf dem langen Weg zu verbesserten Beziehungen zwischen beiden Staaten werten. Das Ergebnis bietet eine tragfähige Basis für weitere Verhandlungen auf hoher und höchster Ebene. Außenminister Nakayama wird bereits im Juli, Premierminister Kaifu wahrscheinlich im August dieses Jahres nach Moskau reisen. Wenn die Sowjetunion ernsthaft an einem verbesserten Klima in den Beziehungen interessiert ist, wird sie jedoch irgendwann weiterreichende Zugeständnisse machen müssen.

Asienpolitische Bemühungen

Eine andere Bilanz ergibt sich aus den Bemühungen Gorbatschows um eine gesamtasiatische Politik. Die Perspektive, die er dazu vor dem japanischen

Parlament entwarf, lief auf seine asienpolitischen Darlegungen von 1986 (Wladiwostok) und 1988 (Krasnojarsk) hinaus. Damit griff er - ohne dies ausdrücklich zu sagen - auf das europäische Modell einer KSZE zurück, das in Asien nie Anklang fand.

Seinen Vorschlag, die Einrichtung einer Fünferkonferenz bestehend aus der Sowjetunion, den USA, China, Indien und Japan, finden wir bereits 1988 in seiner Rede in Krasnojarsk, dort allerdings ohne Einbeziehung Indiens, was in Delhi kritisch vermerkt wurde. Damals wie heute stieß der Vorschlag bei den betreffenden Staaten auf äußerste Zurückhaltung. Gorbatschow ergänzte ihn mit der noch von Außenminister Schewardnadse angeregten Konferenz der Außenminister der asiatisch-pazifischen Staaten im Jahre 1993.

Der Versuch, europäische Modelle auf Asien zu übertragen, findet die Unterstützung weder Japans noch Chinas. Aber ohne deren Mitwirken bleiben die sowjetischen Bemühungen fruchtlos. Auch die Anregung Gorbatschows, gemeinsam mit Japan und den USA trilaterale Konsultationen zu etablieren, wurde von Kaifu mit dem Hinweis auf das gut funktionierende und bewährte Bündnis mit den USA abgelehnt. Die Zurückweisung dieser Initiativen zeigt nur, wie wenig überzeugend die asienpolitischen Konzepte Gorbatschows sind.

Als Erfolg der sowjetischen Seite ist zu vermerken, daß Japan künftig eine sowjetische Vollmitgliedschaft in der Pacific Economic Cooperation Conference (PECC) unterstützen wird. Bislang hatte Moskau Beobachterstatus; die Mitgliedschaft war jahrelang von Japan blockiert worden. Im ganzen steht das schwache Echo, das die konzeptionellen asienpolitischen Anregungen der Sowjetunion in der Region hervorrufen, in Kontrast zu den erfolgreicheren Bemühungen um Fortschritte in den bilateralen Beziehungen mit den Staaten der Region, vor allem mit China und Südkorea.

Das seit 1988 schrittweise verbesserte Verhältnis zu Südkorea ist auch als ein Element sowjetischer Japan-Politik zu verstehen. Der politischen Führung und der Geschäftswelt Japans soll damit signalisiert werden, daß die Sowjetunion wirtschaftlich nicht allein auf den guten Willen des Inselreiches angewiesen ist. Gorbatschows Gespräche in Südkorea bildeten für ihn einen wohlthuenden Gegensatz zu dem harten Ringen mit Kaifu. In seiner rückblickenden Bewertung war die Enttäuschung über die Reserviertheit Japans im Unterschied zur wirtschaftlichen Kooperationsbereitschaft Koreas nicht zu überhören. Gorbatschow hatte uneingeschränktes Lob für "jene Partner, die wirkliche Solidarität mit unserem Lande in jenem Augenblick gezeigt haben, wo wir nichts anderes brauchen als Unterstützung".⁹ Innerhalb von zehn Monaten trafen sich die Präsidenten beider Staaten zum dritten Mal. Südkorea hatte der Sowjetunion bereits Anfang des Jahres Kredite im Umfang von 3 Mrd. US-Dollar zugesagt. Die ersten Tranchen aus diesem Paket in Höhe von 500 Mio. und 800 Mio. Dollar stellte die Export-Import-Bank in Seoul unmittelbar vor dem Besuch des sowjetischen Gastes zur Verfügung. Sie dienen dem Kauf von Rohstoffen und Konsumgütern in Korea.

Das Interesse der Sowjetunion an der koreanischen Halbinsel ist bemerkenswert. Auf sowjetische Initiative hin berieten beide Seiten über den Abschluß eines Vertrags über gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit - ein delikater Schritt, da auch ein "Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegensei-

tige Hilfe" aus dem Jahre 1961 mit Nordkorea existiert. Ferner befürwortet Gorbatschow eine koreanische Doppelrepräsentation in den Vereinten Nationen, bislang gegen den Widerstand Nordkoreas. Diese Schritte und das klare Engagement zugunsten einer internationalen Kontrolle der nuklear-technologischen Entwicklung Nordkoreas lassen erkennen, daß die sowjetische Führung an einer Lösung der Spannungen auf der koreanischen Halbinsel interessiert ist. Wahrscheinlich zielt die sowjetische Politik auf die Zeit nach einer Wiedervereinigung der beiden Teilstaaten und bereitet schon heute die Positionen für künftige nutzbringende Beziehungen vor. Aber auch für die Vereinigung selbst, deren friedlicher Verlauf noch keineswegs als gesichert gelten kann, dürfte Moskau bestrebt sein, sich Möglichkeiten einer Einflußnahme zu sichern. Die Geschichte hat gezeigt, daß das russisch-japanische Verhältnis immer wieder durch Entwicklungen auf der koreanischen Halbinsel beeinflußt wurde.

Daß die Sowjetunion das problematische koreanisch-japanische Verhältnis für ihre Japan-Politik zu nutzen versucht, kann man in Tokyo mit Gelassenheit sehen. Den Koreanern stehen die Erfahrungen noch bevor, die Japan in den 70er Jahren mit Erschließungsprojekten in Sibirien gemacht hat.

Reaktionen

Unmittelbar nach Beendigung des Besuchs, wurden auf beiden Seiten Bewertungen vorgenommen, die vor allem die Einschätzung der Ergebnisse aus der Sicht des sachkundigen kritischen Beobachters präsentierten. Die Presse beider Seiten urteilte über das Erreichte im wesentlichen positiv. Enttäuschte Stimmen waren vor allem auf japanischer Seite zu vernehmen. Die Enttäuschung konzentrierte sich auf die sowjetische Weigerung, die Gültigkeit der Gemeinsamen Erklärung von 1956 noch einmal ausdrücklich anzuerkennen.¹⁰ Auf sowjetischer Seite wurde außer der positiven Gesamtbewertung mit Befriedigung vermerkt, daß die Urteilbarkeit von Politik und Wirtschaft im Verhältnis Japans zur Sowjetunion einer "bedeutenden Revision" unterzogen werde.¹¹

In einer von den Tageszeitungen *Iswestija* und *Yomiuri Shimbun* gemeinsam organisierten Umfrage versuchten beide Seiten, aus den Antworten auf dieselben Fragen ein Meinungsbild im eigenen Land zu gewinnen. Die Frage nach der Einschätzung der künftigen Entwicklung der sowjetisch-japanischen Beziehungen beantworteten 5 % der Russen und 1% der Japaner mit "sehr gut", 19% bzw. 29% mit "gut", 44% bzw. 21% mit "mittelmäßig" und 13% bzw. 41% mit "schlecht". Ihr Interesse an dem Japan-Besuch Gorbatschows nannten 17% der sowjetischen Bürger und 46% der Japaner "sehr groß", 24% bzw. 14% "nicht sehr groß" und 16% bzw. 4% "überhaupt nicht vorhanden". Auch bei der Frage, ob man mit der Anerkennung des Territorialproblems unter ausdrücklicher Nennung der vier Inseln und mit der Übereinkunft, möglichst bald einen Friedensvertrag zu schließen, zufrieden sei, divergierten die Antworten deutlich: 16% der befragten Russen und 5% der Japaner waren "völlig zufrieden"; 19% bzw. 40% erklärten sich "eher unzufrieden". Nach der Aussicht auf eine künftig raschere Entwicklung der sowjetisch-japanischen Beziehungen befragt, fielen die Antworten ausgeglichener aus: 37% bzw. 44% auf sowjetischer bzw. japanischer Seite erwarten eine raschere Entwicklung, 32% bzw. 38% erwarten dies nicht.¹²

Aus diesen Meinungsäußerungen wird erkennbar, daß die Japaner bei einem deutlich größeren Interesse an dem Besuch seine Ergebnisse und den Stand der bilateralen Beziehungen skeptischer beurteilen als die Russen. Wahrscheinlich waren die Erwartungen, die mit dem Besuch Gorbatschows verbunden wurden, in der japanischen Öffentlichkeit weit höher als in der mit zahllosen Problemen völlig anderer Art belasteten russischen Bevölkerung.

In einem anderen Sinne aufschlußreich war die Haltung Chinas zur Japan-Reise Gorbatschows. Die Führer in Peking hatten in der Vergangenheit, solange sie eine offen sowjetkritische Politik betrieben, stets die Forderung Japans nach Rückgabe der vier Inseln unterstützt. Sie gingen in den 70er Jahren damit sogar so weit, daß sich Außenminister Miyazawa veranlaßt sah zu bemerken, die chinesische Unterstützung in der Gebietsfrage sei von Japan nicht erbeten worden. Er bekam dafür herbe Kritik aus Peking zu hören. Natürlich wußte man in Tokyo, daß eine übertriebene chinesische Unterstützung die Lösung des Problems nicht gerade erleichterte. Aber genau dies war die Absicht Pekings. In dem Maße, in dem sich das chinesisch-sowjetische Verhältnis wieder verbesserte, wurde der Applaus für den japanischen Anspruch immer spärlicher. In den vergangenen zwei Jahren blieb nur noch die sachliche Erwähnung, daß zwischen beiden Seiten ein Territorialproblem existiert. Als wenige Wochen vor dem Besuch Gorbatschows Außenminister Nakayama nach Peking reiste und dabei auch die japanisch-sowjetischen Beziehungen erörterte, erhielt er sowohl von Ministerpräsident Li Peng als auch von Außenminister Qian nur die lakonische Antwort, der Standpunkt Chinas in dieser Frage, d.h. den japanisch-sowjetischen Beziehungen, habe sich nicht geändert. Nicht die leiseste chinesische Andeutung zugunsten der japanischen Position war zu vernehmen.¹³ Wiederum war Chinas Taktieren für Japan wenig hilfreich.

Auch in einer Reihe anderer Fragen wird seit einiger Zeit erkennbar, daß es für Chinas Führung nicht mehr opportun ist, sich öffentlich in einer Weise zu äußern, die sowjetischen Interessen zuwiderläuft. An einer Stärkung der japanischen Position ist China ohnehin nicht interessiert. Denkbar wäre auch, daß die noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen über die gemeinsame chinesisch-sowjetische Grenze Peking veranlassen, jedes störende Nebengeräusch zu vermeiden.

Perspektiven

Mit Blick auf die Zukunft der japanisch-sowjetischen Beziehungen ergeben sich drei Feststellungen:

- Die Grundlage für intensive Verhandlungen ist gelegt, aber die volle Normalisierung der Beziehungen zu Japan mit einer für beide Seiten akzeptablen Lösung der Gebietsfrage und dem Abschluß eines Friedensvertrags wird noch Jahre brauchen. Dieser Prozeß bleibt in hohem Maße abhängig von den inner-sowjetischen Entwicklungen.
- Selbst nach Abschluß eines Friedensvertrags wird Japan seine Zurückhaltung gegenüber Rußland nur langsam aufgeben. Psychologische Barrieren und historische Lasten werden weiter wirken. Die beträchtlichen technologischen

und finanziellen Risiken bei der Erschließung des sowjetischen Fernen Ostens dürften dem japanischen Engagement ebenfalls Grenzen setzen, zumal Japan auf Grund bestehender Verträge seinen Energie- und Rohstoffbedarf bis in das nächste Jahrtausend hinein aus anderen als sowjetischen Quellen decken kann.

- Verbesserte Beziehungen zur Sowjetunion erweitern zwangsläufig Japans außenpolitischen Spielraum. Es gibt jedoch keine Veranlassung anzunehmen, daß sich die Orientierung japanischer Außen- und Sicherheitspolitik an den USA grundsätzlich ändern wird.

Anmerkungen

- 1) Text der Gemeinsamen Erklärung vom 18.4.1991 in: *Nihon Keizai Shimbun*, 19.4.1991; *Pravda*, 20.4.1991; *Summary of World Broadcasts*, FE/1051, 20.4.1991
- 2) Vgl. *Asahi Evening News*, 17.1.1990; *Moscow News* zit. in *RFE/RL Daily Report* No.41, 27.2.1990
- 3) Vgl. *Ogonek*, Nr.20 (Mai 1990), S.16-19; Georgij Kunadze in: *Nezavisimaja Gazeta*, 24.1.1991
- 4) *Pravda*, 27.4.1991. Die sowjetische Führung hat 1956 angenommen, Japan werde diese Chance nutzen und zwei Inseln akzeptieren; sie hatte bereits begonnen, die Bevölkerung von Shikotan auf andere Kurilen-Inseln umzusiedeln.
- 5) ebd.
- 6) Vgl. *Far Eastern Economic Review*, 2.5.1991, S.12
- 7) Vgl. *Nihon Keizai Shimbun*, 19.4.1991; *Beijing Review*, No.15, 15.-21.4.1991, S.12
- 8) Vgl. Gorbatschows Rede vor dem japanischen Parlament, *Izvestija*, 17.4.1991
- 9) *Pravda*, 27.4.1991
- 10) Vgl. die Diskussion zwischen Masamori Sase und Hiroshi Kimura in: *Sankei Shimbun*, 20.4.1991
- 11) *Izvestija*, 23.4.1991
- 12) *Izvestija*, 27.4.1991. In der Sowjetunion fand die Umfrage am 22.April in 14 Städten Rußlands zwischen Leningrad und Krasnojarsk unter 1.072 Personen statt, die in etwa die Zusammensetzung der erwachsenen Bevölkerung widerspiegeln. In Japan wurden am 24. und 25. April 1.500 Personen im Alter über 20 Jahren befragt.
- 13) Vgl. *Sankei Shimbun*, 6.4. und 7.4.1991